

18.09.2023

## Mündliche Anfrage

für die 42. Sitzung des Landtags Nordrhein-Westfalen  
am 20. September 2023

### Geschäftsbereich des Ministeriums für Kinder, Jugend, Familie, Gleichstellung, Flucht und Integration

26\* Abgeordneter  
Dr. Dennis Maelzer SPD

Das System der frühkindlichen Bildung steht in Nordrhein-Westfalen vor dem Kollaps. Zu fehlendem Personal und fehlenden Betreuungsplätzen gesellt sich mittlerweile eine akute Finanznot auf Grund steigender Personal- und Sachkosten. Die Freie Wohlfahrt befürchtet gar Kita-Schließungen und Insolvenzen von Trägern.

Auf Brandbriefe von Trägern und der Freien Wohlfahrt reagierten sowohl Ministerpräsident Hendrik Wüst als auch Ministerin Paul nichtssagend. Das gipfelte darin, dass sich die Freie Wohlfahrt in einem Brief an den Chef der Staatskanzlei beschwerte, sie fühle sich "vertröstet und ignoriert", weil trotz monatelanger Diskussion mit der Landesregierung keinerlei Fortschritte zu verzeichnen seien.

- 1. Wann haben Sie welche Meldungen von welchen Trägern über deren finanzielle Lage erhalten?**
- 2. Was haben Sie daraufhin veranlasst?**

\*Frage 26 aus der Fragestunde vom 23. August 2023

Datum des Originals: 18.09.2023/Ausgegeben: 18.09.2023

**Geschäftsbereich des Ministeriums der Finanzen**

27. Abgeordnete  
Ralf Witzel FDP und  
Dirk Wedel FDP

**Zahlungsaufforderung des Finanzministers an die NRW.BANK – Wie lauten die Hintergründe, Begleitumstände und konkreten Berechnungen für den Haushaltsansatz des Finanzministers über eine Forderung von 250 Millionen Euro gegenüber der landeseigenen Förderbank?**

Die Landesregierung hat dem Landtag Nordrhein-Westfalen Anfang August 2023 den Entwurf für einen Haushaltsplan 2024 zugeleitet, der zuvor im Landeskabinett beschlossen worden ist. Dieser ist mit der Bitte an den Haushaltsgesetzgeber um Zustimmung verbunden.

Einzelplan 20 enthält in Kapitel 20 610 Titel 134 00 einen schon bemerkenswerten einmaligen Einnahmeposten über 250.000.000,00 Euro. Dieser Betrag soll nach Angaben des Finanzministers (vgl. PIPr 18/39, Seite 112) offenbar von der NRW.BANK an den Landeshaushalt geleistet werden. Zur Begründung wird auf die Übertragung der Gesellschaft WestLotto an die landeseigene Beteiligungsverwaltung verwiesen.

Es erschließt sich allerdings trotz aller Recherchen nicht der sachliche Grund für diesen artikulierten Zahlungsanspruch dem Grunde und der Höhe nach.

Ebenfalls bleibt für den Haushaltsgesetzgeber auf Basis der ihm bislang zur Verfügung gestellten Informationen völlig unklar, wie sich im einzelnen die Berechnung über die geforderte Summe von 250 Millionen Euro ganz konkret ergibt und wer diese aufgrund welcher Veranlassung aktuell vorgenommen hat.

Auch ist nichts über möglicherweise bisher erfolgte diesbezügliche Abstimmungsprozesse mit der NRW.BANK bekannt.

Zudem erscheint vor dem Hintergrund, dass nach Angaben des Finanzministers das Ausschüttungsverbot aus der Satzung NRW.BANK nicht angetastet werden soll (vgl. PIPr 18/39, Seite 112), erklärungsbedürftig, auf welchem Wege es im Landeshaushalt zu dieser Einnahme kommen soll.

Die Landesregierung sollte daher Licht ins Dunkel bringen und über alle relevanten Hintergründe, die verfolgten Ziele, die Begleitumstände und ihre Kommunikation in dieser Frage Aufklärung leisten.

Der Finanzminister sollte vor diesem Hintergrund dem Parlament gegenüber transparent und ausführlich Stellung beziehen zu allen Aspekten dieser beabsichtigten Transaktion.

- 1. Wie lauten die Hintergründe, Begleitumstände und konkreten Berechnungen für den Haushaltsansatz des Finanzministers über eine Forderung von 250 Millionen Euro gegenüber der landeseigenen Förderbank?**

**Geschäftsbereich des Ministeriums der Justiz**

28. Abgeordneter  
Dr. Hartmut Beucker AfD

Laut einem Pressebericht forderte der Untersuchungsausschuss „Cum-Ex Steuergeldaffäre“ der Hamburgischen Bürgerschaft NRW-Justizminister Benjamin Limbach dazu auf, dem Ausschuss und seinen Mitgliedern bis spätestens zum 20. September die im Rahmen einer Ermittlung gesammelten Daten zu übergeben, die für die Untersuchung der politischen Verantwortung im Steuerskandal der Hamburger Privatbank M.M. Warburg & CO. von großer Bedeutung sein könnten. Diese seien potentiell entscheidend für die Arbeit des Ausschusses und seine Bemühungen zur Aufklärung des sogenannten „Cum-Ex-Skandals“.<sup>1</sup>

Die Kölner Staatsanwaltschaft, die in einer Reihe von Cum-Ex-Fällen ermittelt, legt dem ehemaligen Aufsichtsratsvorsitzenden der Warburg-Bank 15 Fälle der besonders schweren Steuerhinterziehung zur Last.<sup>2</sup> Als sich 2016 abzeichnete, dass das Finanzamt von der an Cum-Ex-Geschäften beteiligten Privatbank Geld zurückfordern würde, soll sich dieser mehrfach mit SPD-Politikern sowie dem damals amtierenden Ersten Hamburger Bürgermeister Olaf Scholz getroffen haben, woraufhin das Finanzamt auf die Rückforderung verzichtete.

Aus diesem Grund plant der Untersuchungsausschuss, die elektronischen Postfächer von engen Mitarbeitern von Bundeskanzler Olaf Scholz genauer zu untersuchen, sieht sich jedoch in seiner Arbeit durch das NRW-Justizministerium behindert, das seit über einem Jahr die Herausgabe der angeforderten Akten hinauszögert: „Ich fühle mich getäuscht. NRW liefert uns Berge von Daten, nur nicht die, die wir seit über einem Jahr anfordern“, moniert ein Mitglied des Untersuchungsausschusses.<sup>3</sup>

In diesem Zusammenhang frage ich die Landesregierung:

---

<sup>1</sup> <https://www.handelsblatt.com/finanzen/banken-versicherungen/cum-ex/cum-ex-geschaeft-steuerskandal-um-m-m-warburg-hamburger-politiker-stellen-nrw-justizminister-ultimatum/29384214.html>

<sup>2</sup> <https://www.manager-magazin.de/finanzen/cum-ex-prozess-gegen-ex-warburg-bankier-christian-olearius-beginnt-in-bonn-a-c63e3940-ff7e-4057-ae63-077422e19559>

<sup>3</sup> <https://www.handelsblatt.com/finanzen/banken-versicherungen/cum-ex/cum-ex-geschaeft-steuerskandal-um-m-m-warburg-hamburger-politiker-stellen-nrw-justizminister-ultimatum/29384214.html>

1. **Warum hat die hochkarätige, vierköpfige Delegation des nordrhein-westfälischen Justizministers, die am 05.07.2023 nach Hamburg reiste, um einen Datenstick mit Dateien zu überreichen, nicht die vom Untersuchungsausschuss angeforderten Dokumente zur M.M. Warburg zur Verfügung gestellt?**
2. **Warum ist die nordrhein-westfälische Justiz offensichtlich seit über einem Jahr nicht in der Lage dem Untersuchungsausschuss „Cum-Ex Steuergeldaffäre“ der Hamburgischen Bürgerschaft das angeforderte Beweismaterial, welches einen enormen Beitrag zur Aufklärung des Steuerskandals leisten könnte, bereit zu stellen?**